

# VORSICHT FALLE!

Wer die falschen Steuern senkt,  
gefährdet die soziale Sicherheit.

Stand: März 2024

Wer Steuersenkungen fordert, bekommt meistens Applaus. Doch Vorsicht. Gerade in der Politik ist die Frage immer: Wem nützt es und wem schadet es? Deshalb lohnt ein genauerer Blick auf das Thema.

Und da wird schnell klar: Erst mit unserem Steuergeld kann der Staat viele Leistungen finanzieren, die unser Leben sicherer und lebenswerter machen: Schulen, Krankenhäuser, Bahnstrecken und Straßen, Pensionen und Pflege – um nur einige Beispiele zu nennen. Gibt es weniger Steuereinnah-

men, müssen Leistungen gekürzt werden. Hinter jedem Kürzungsprogramm verbergen sich private Profitinteressen. Normalverdiener:innen müssten im Falle von Kürzungen der öffentlichen Leistungen zum Beispiel teure private Pensions- oder Unfallversicherungen bei gewinnorientierten Versicherungskonzernen abschließen.

Soziale Dienste, Pensionen, Gesundheits- und Energieversorgung, Öffentlicher Verkehr und Straßen: All das wird mit unseren Steuern finanziert und kommt uns allen zugute.



## STEUERN FINANZIEREN UNSERE SOZIALE SICHERHEIT

Die Abgabenquote sagt uns, wie hoch der Anteil von Steuern und Abgaben an der Wirtschaftsleistung (am Bruttoinlandsprodukt, kurz BIP) eines Landes ist. Die Abgabenquote zeigt gewissermaßen an, wieviel die Leistungen des Staates die Steuer- und Abgabepflichtigen kostet. Der überwiegende Großteil der dem Staat zufließenden Steuern und Abgaben fließt über Förderungen, Geldtransfers, Sachleistungen oder öffentliche Aufträge wieder an die steuerpflichtigen Personen und Unternehmen zurück. Die Abgabenquote steht daher stellvertretend für ein bestimmtes staatliches „Leistungsniveau“, das der Staat den Bürger:innen im Gegenzug für die Bezahlung von Steuern und Abgaben bietet. Das betrifft insbesondere die sozialstaatlichen Kernbereiche wie Gesundheit oder Pensionen, die in den meisten Staaten üblicherweise den Großteil der öffentlichen Ausgaben ausmachen.

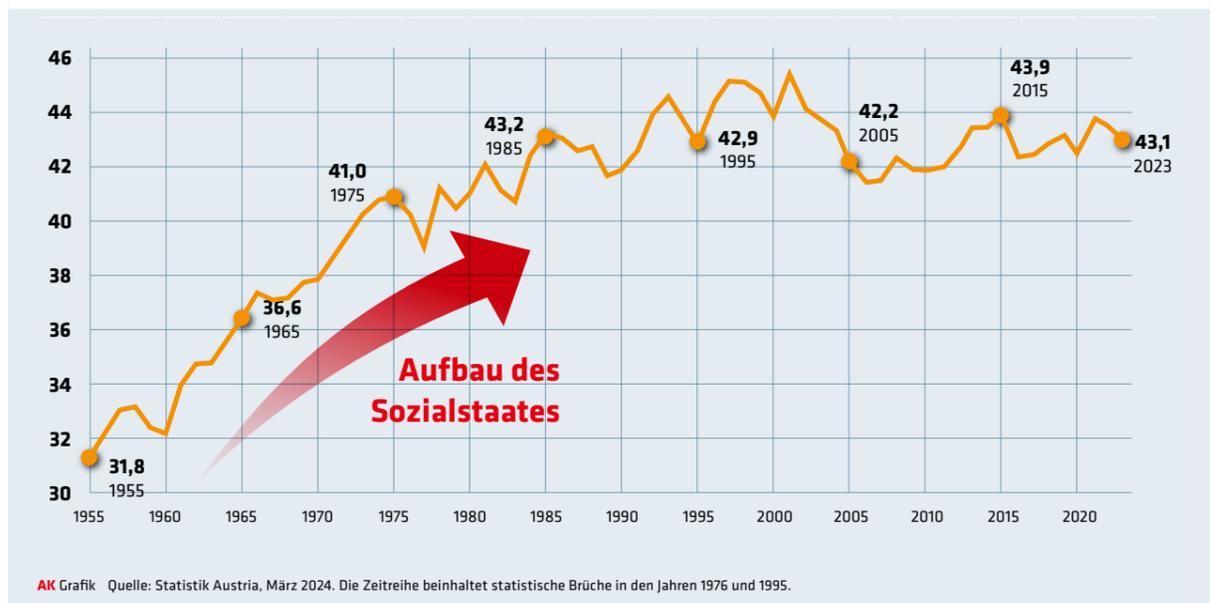
Eine hohe Abgabenquote bedeutet einen starken Sozialstaat, eine niedrige Abgabenquote einen schwachen. Deshalb sieht die AK ÖÖ die Forderung nach einer generellen

Senkung der Abgabenquote sehr kritisch. Wir sagen: Wenn schon Steuersenkung, dann auf Arbeit. Im Gegenzug sollten die Steuern auf Vermögen erhöht werden. Das wäre im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ein Blick in die Geschichte zeigt den engen Zusammenhang zwischen der Abgabenquote und der sozialstaatlichen Entwicklung. Im Zuge des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Sozialstaat ausgebaut, in Verbindung mit einer steigenden Abgabenquote – am stärksten in den 1970-er Jahren bis in die Mitte der 1980-er Jahre. Den bisherigen Höchstwert erreichte die Abgabenquote der Republik Österreich im Jahr 2001 mit 45,4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Danach führte die Kürzungspolitik der damaligen schwarz-blauen Bundesregierung zu einem deutlichen Rückgang der Abgabenquote auf 41,5 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2006. Das war auch der tiefste Wert in den letzten zwanzig Jahren, in denen der Durchschnitt bei 42,8 Prozent lag. Im Jahr 2023 lag die Abgabenquote bei 43,1 Prozent.

Der Aufbau des Sozialstaats ging Hand in Hand mit steigender Abgabenquote.

ABGABENQUOTE IN ÖSTERREICH  
(STEUERN UND ABGABEN IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS)



## STEUERN SICHERN WOHLSTAND UND WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG

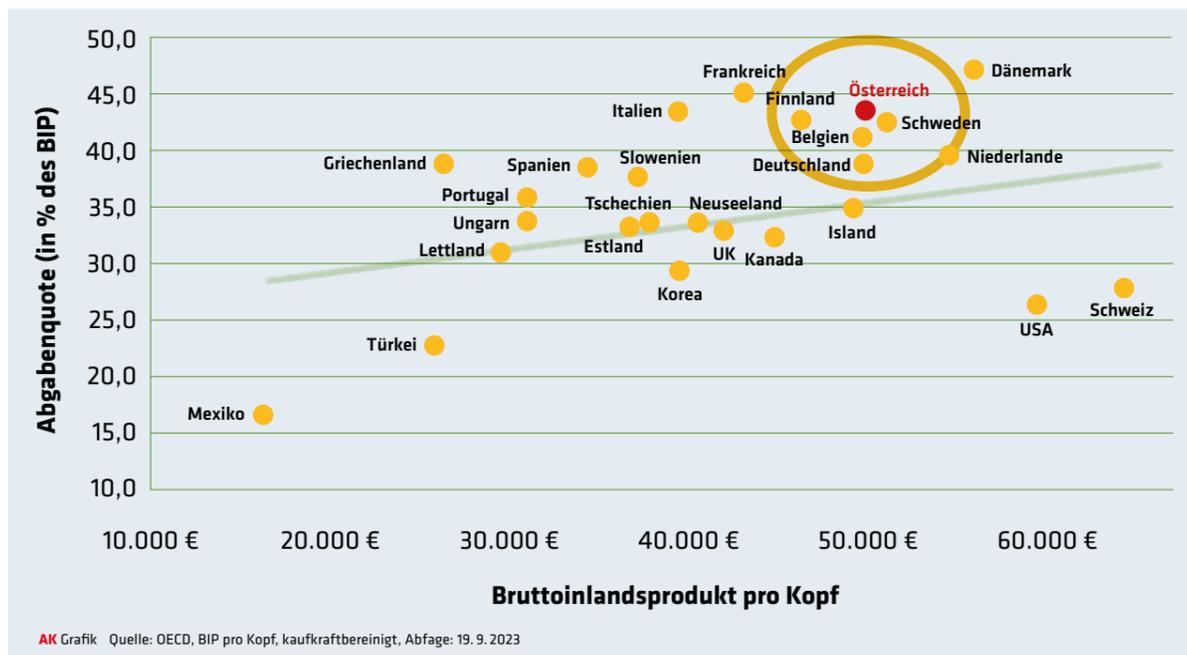
Wirtschaftlich erfolgreiche Länder haben einen gut ausgebauten Sozialstaat mit entsprechend hoher Abgabenquote.

Der Sozialstaat schafft kollektive Sicherheit, stabilisiert die Einkommen und ist damit auch ein Garant für eine gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Die folgende Grafik zeigt auf der waagrechtlichen Skala die jährliche Wirtschaftsleistung der jeweiligen Länder pro Kopf, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Verzerrungen durch unterschiedliche Preisniveaus zwischen den Ländern werden dabei herausgerechnet, damit die reale Kaufkraft der Menschen in den Ländern berücksichtigt wird. Je weiter rechts sich ein Land befindet, desto höher ist das Wohlstandsniveau in diesem Land.

Auf der senkrechten Achse der Grafik wird die Höhe der Abgabenquote eines Landes aufgetragen. Je weiter oben ein Land liegt, desto höher ist seine Abgabenquote. Wirtschaftlich erfolgreiche Länder wie etwa Dänemark, Schweden, Deutschland oder eben auch Österreich befinden sich in dieser Grafik im rechten oberen Bereich, sie sind also wirtschaftlich erfolgreich und haben eine hohe Abgabenquote. Die eingezeichnete ansteigende Gerade zeigt den prinzipiell positiven Zusammenhang zwischen der Abgabenquote und dem Wohlstandsniveau: Je höher das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, desto höher die Abgabenquote.

ZUSAMMENHANG ABGABENQUOTE UND WOHLSTAND, LÄNDERVERGLEICH 2021



In Österreich liegt die Abgabenquote aktuell (2023) bei 43,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und ist damit im internationalen Vergleich im oberen Bereich angesiedelt. Das liegt vor allem an der gut ausgebauten sozialen Sicherung, die allen zugutekommt. Damit sind wir in guter Gesellschaft mit Ländern wie Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Schweden oder den Niederlanden. Beson-

ders niedrige Abgabenquoten kombiniert mit einem geringen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weisen Länder wie Mexiko oder die Türkei auf. Eine Kombination von hohem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und einer niedrigen Abgabenquote weisen die Schweiz und die USA auf. Eine Erklärung für diese Kombination liefert der folgende Absatz am Beispiel eines Vergleichs der Abgabenquoten der Schweiz und Österreichs.

## VORSICHT BEIM INTERNATIONALEN VERGLEICH VON ABGABENQUOTEN

Im internationalen Vergleich könnte eine niedrige Abgabenquote dahingehend interpretiert werden, dass der betreffende Staat ein schlecht ausgebautes Leistungsniveau aufweist oder aber ein gut ausgebautes Leistungsniveau besonders kostengünstig bzw. effizient erbringt. Hier gilt es zu berücksichtigen, dass in die offiziellen Abgabenquoten Sozialversicherungsbeiträge nur dann eingerechnet werden, wenn sie an staatliche Einheiten abgeführt werden müssen. Dies erschwert internationale Vergleiche, weil verpflichtende private Sozialversicherungen in einigen Industriestaaten eine große Rolle spielen.

Zum besseren Verständnis vergleichen wir im Folgenden die Schweiz mit Österreich hinsichtlich der beiden wichtigen staatlichen Ausgabenbereiche Pensionen und Gesundheit.

Bei der **Pensionsvorsorge** haben wir in Österreich eine starke Säule, nämlich die staatliche Pensionsversicherung mit einem hohen Leistungsniveau für die Pensionsbezieher:innen. Die Beiträge an Pensionskassen und die prämiengünstige Zukunftsvorsorge machen dagegen nur 0,3 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) aus. In der Schweiz gibt es hingegen nur eine geringe staatliche Mindestpension. Allerdings sind die Schweizer Bürger:innen gesetzlich verpflichtet, Pensionsverträge bei privaten Pensionskassen abzuschließen. Auf diese Weise müssen sie beträchtliche Beiträge in Höhe von 8,2 Prozent des BIP pro Jahr an private gewinnorientierte Pensionskassen bezahlen.

In der **Krankenversicherung** kommen in Österreich zu den Sozialversicherungsbeiträgen noch Selbstbehalte und private Zusatzversicherungen in Höhe von rund 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hinzu. Im Gegensatz dazu gibt es in der Schweiz eine Pflicht zum Abschluss einer teuren Basis-Versicherung bei privaten gewinnorientierten Krankenversicherungen. Diese kostet die Beitragspflichtigen 4,6 Prozent des BIP. Dazu kommen hohe Selbstbehalte und/oder über die Basisabsicherung hinausgehende

private Zusatzversicherungen, die nochmals 3,7 Prozent des BIP ausmachen.

Eine Studie aus dem Jahr 2022 kommt zu folgendem Ergebnis: Wenn wir die offizielle Abgabenquote um an private Unternehmen abgeführte Sozialbeiträge ergänzen, zeigt sich, dass die insgesamt in Österreich abgeführten Abgaben nur geringfügig über jenen in der Schweiz liegen.

Die gleiche Studie kommt in einem Vergleich von fünf europäischen Staaten, die alle über einen gut ausgebauten Sozialstaat verfügen, zum Ergebnis, dass die (um die an private Einheiten bezahlten Sozialbeiträge) ergänzten Abgabenquoten in Deutschland, der Schweiz und Österreich praktisch gleich hoch sind, während sie in Dänemark und Schweden deutlich höher liegen. Ein gut ausgebauter Sozialstaat kostet also überall Geld, auch wenn die dafür zu entrichtenden Beiträge nicht zur Gänze in der offiziellen Abgabenquote erfasst sind.



## ABGABENQUOTE SENKEN HEISST: DER DRUCK AUF DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER STEIGT

Kürzt der Staat seine Leistungen und hebt dafür weniger Steuern und Abgaben ein, dann sinkt die Abgabenquote. Damit wird allerdings der Druck auf die Bürger:innen größer, privat, also aus eigener Tasche, vorzusorgen. Wenn es etwa im öffentlichen Pensionssystem zu weiteren Einschnitten kommt, steigt die Notwendigkeit, sich selbst um eine

ausreichend hohe private Altersvorsorge zu kümmern, die für die/den Einzelnen wesentlich teuer ist. Eine niedrigere Abgabenquote bedeutet also keineswegs eine geringere "Belastung", sondern lediglich eine Verlagerung der Finanzierung in die private Geldbörse.

## FAIRE STEUERVERTEILUNG ALS FUNDAMENT FÜR SOZIALE SICHERHEIT



### Der Sozialstaat ist unser Vermögen

Für Menschen, die über keine hohen Einkommen oder Vermögen verfügen, würde eine Kürzung der sozialstaatlichen Leistungen dramatische Konsequenzen haben. Jene, die von ihren privaten Vermögen leben können, müssen sich hingegen keine Gedanken über ihr finanzielles Auskommen im Alter oder ihre Gesundheitsversorgung machen. Ein Rückbau des Staates würde die Ungleichheit in unserer Gesellschaft massiv verschärfen – mit all den negativen Folgen. Deutlich wird das bei einem Blick nach Deutschland: Dort wurden die öffentlichen Pensionen gekürzt, mit der Konsequenz, dass die Beschäftigten privat vorsorgen müssen, was sich viele nicht leisten können.

Auch die jüngste Gesundheitskrise machte deutlich, wie unersetzlich ein gut ausgebauter Sozialstaat ist. Eine pauschale Sparpolitik kann sich in Krisenzeiten dramatisch auf Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt auswirken. Ein starker Sozialstaat hingegen gibt Sicherheit und ermöglicht eine bessere Lebensqualität für uns alle.

### Entscheidend ist, wer welche Steuern zahlt

Längere Zeit behaupteten viele Wirtschaftswissenschaftler:innen, dass sich eine hohe Abgabenquote negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirke. Neuere Arbeiten mit

aktuelleren wissenschaftlichen Methoden zeigen hingegen, dass nicht die Höhe der Abgabenquote für den wirtschaftlichen Erfolg eines Staates maßgeblich ist, sondern die Zusammensetzung der Abgaben.

Hohe Steuern auf Arbeit sind schlecht für das Wirtschaftswachstum, hohe Steuern auf Vermögen jedoch nicht. Daher sollte die Struktur des österreichischen Steuersystems verändert werden, denn auch hier sind die wissenschaftlichen Befunde eindeutig: Österreich hat zu hohe Steuern auf Arbeit, dafür viel zu niedrige auf Vermögen.

### Steuern auf Arbeit senken

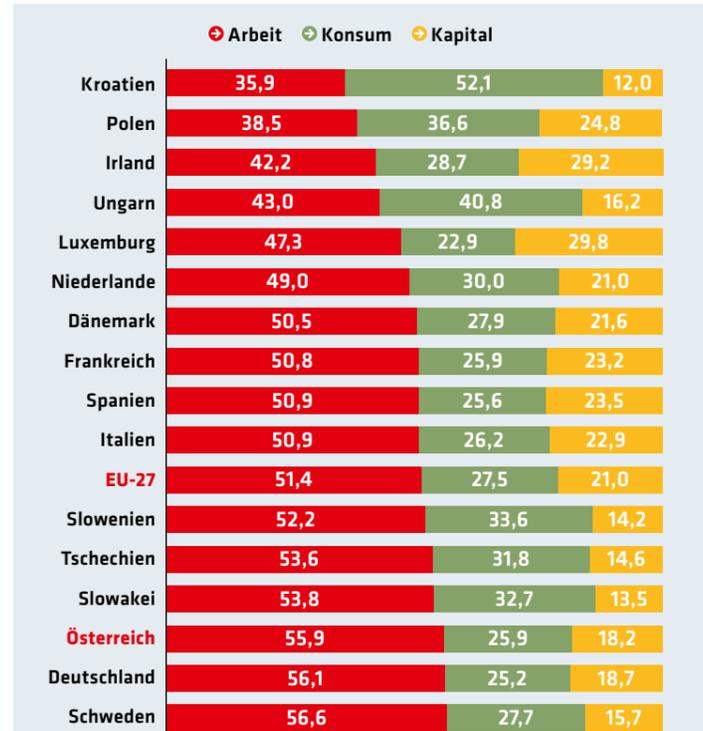
Rund acht von zehn Steuereuros stammen in Österreich von Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen. Von der Kapitalseite (Gewinne und Vermögen) kommt hingegen deutlich weniger als ein Fünftel. Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung des Steueraufkommens 2021 für ausgewählte Länder der Europäischen Union. Die Länder und der Durchschnitt der 27 EU-Staaten sind dabei nach der Höhe ihres lohnbezogenen Anteils am gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen aufsteigend gereiht. Man erkennt, dass in Österreich die lohnbezogenen Steuern und Abgaben über dem EU-Durchschnitt, die Beiträge von Kapital und Konsum hingegen darunter liegen. Beim Anteil kapitalbezogener Steuern und Abga-

ben am gesamten Steueraufkommen liegt Österreich nur im Mittelfeld der 27 EU-Staaten, während es beim Anteil der lohnbezogenen Steuern und Abgaben auf dem dritthöchsten Platz liegt. Nur Deutschland und Schweden hatten 2021 einen noch größeren Anteil der lohnbezogenen Steuern und Abgaben am gesamten Steueraufkommen. Bei der Konsumbesteuerung liegt Österreich auf dem fünftniedrigsten Platz.

Die Abgaben auf Arbeit sind also bei uns im Vergleich zu den anderen Ländern der Europäischen Union besonders hoch, bei Abgaben auf Kapital rangiert Österreich aber nur im Mittelfeld. Bei vermögensbezogenen Steuern gehören wir überhaupt zu den europäischen Schlusslichtern.

Deshalb ist es kein Wunder, dass uns internationale Organisationen wie die OECD (eine Interessenvertretung von 38 Industriestaaten, der auch Österreich angehört), der Internationale Währungsfonds (eine von Industriestaaten dominierte Sonderorganisation der UNO) oder die EU-Kommission seit Jahren eine Reduktion von Steuern und Abgaben auf Arbeit und eine Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern und Abgaben empfehlen.

### ZUSAMMENSETZUNG DES STEUERAUFKOMMENS 2021, EU-LÄNDER IM VERGLEICH (ANTEILE IN PROZENT DES GESAMTEN STEUERAUFKOMMENS)



AK Grafik Quelle: Europäische Kommission „Steuerrends in der Europäischen Union“, 2023

## FÜR EINE SICHERE UND FAIRE FINANZIERUNG UNSERES SOZIALSTAATS



### Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert:

- ▶ Keine pauschale Senkung der Abgabenquote.
- ▶ Eine sozial ausgewogene Gegenfinanzierung jeder Steuerentlastung, um Einschnitte im Wohlfahrtsstaat zu verhindern.
- ▶ Eine Reform der Steuerstruktur, um die Schiefelage im Steuersystem zu reduzieren:
  - Abgaben auf Arbeit senken
  - Höhere Steuerbeiträge von Vermögen
    - Vermögenssteuer für Nettovermögen über 1 Million Euro
    - Erbschafts- und Schenkungssteuer für Erbschaften ab 1 Million Euro
  - Rücknahme der Senkungen der Körperschaftssteuer
  - Die internationale Steuervermeidung und -hinterziehung wirksam bekämpfen
- ▶ Die Anerkennung, dass alle Arbeitnehmer:innen Leistungsträger:innen im Steuersystem sind. Auch wenn Arbeitnehmer:innen keine Lohnsteuer zahlen, weil sie ein zu geringes Einkommen erzielen, leisten sie über Konsumsteuern und Sozialversicherungsbeiträge einen wesentlichen Beitrag zum Steueraufkommen.

**Der Sozialstaat ist das Vermögen der Arbeitnehmer. Er muss ausreichend finanziert werden, denn er ist die Basis der sozialen Sicherheit in einer solidarischen Gesellschaft.**



**Andreas Stangl**  
PRÄSIDENT

**„Konzerne und Reiche tragen viel zu wenig zum Steueraufkommen bei. Die grundlose Senkung der Gewinnsteuern durch die Regierung geht daher in die völlig falsche Richtung.“**